Fraktion der
Christlich-Sozialen Union
im Stadtrat zu Nürnberg

CSU

CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister
Marcus König
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

AfV

OBERBÜRGERMEISTER
27. APR. 2022
/.....Nr. .....

VI	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
3.BM / BOR	2 X z.w.V.	4 Antwort vor Absendung vorlegen
		5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

Wolff´scher Bau des Rathauses
Zimmer 222
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg
Telefon: 0911 231 – 2907
Telefax: 0911 231 – 4051
E-Mail: csu@stadt.nuernberg.de
www.csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de

25.04.2022
Antragsteller: Nachtigall

Kooperation zwischen Polizei und Kommunaler Verkehrsüberwachung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Parkraum im Stadtgebiet Nürnberg ist knapp. Es herrscht aufgrund der Vielzahl vorhandener Kraftfahrzeuge insbesondere in dicht besiedelten Stadtteilen, wie beispielhaft St. Johannis, Gostenhof oder in der Südstadt ein hoher Parkdruck.

Verkehrsteilnehmende stellen nicht selten ihre Kraftfahrzeuge auf Gehwegen, im Bereich abgesenkter Bordsteinkanten, in Feuerwehranfahrtszonen bzw. vor Ein- und Ausfahrten ab. Hierbei kommt es immer wieder zu Behinderungen anderer Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer. Bei behindernd abgestellten Kraftfahrzeugen kommt u. a. die Abschleppung des Fahrzeuges in Frage.

Bürgerinnen und Bürger beschweren sich immer wieder über die Parksituation und erleben, dass die Mitarbeitenden des ADN keinerlei Kompetenzen im ruhenden Verkehr haben. Die KVÜ ist zuständig, hat aber derzeit keine rechtliche Möglichkeit, Abschleppungen eigenverantwortlich zu veranlassen und die Nürnberger Polizei hat zwar die Kompetenz, ist aber aufgrund anderweitiger Belastungen personell nicht in der Lage, den Kontrolldruck so aufrechtzuerhalten, wie es angesichts der Parksituationen notwendig wäre.

Die CSU-Stadtratsfraktion stellt daher zur Behandlung im zuständigen Ausschuss folgenden

Antrag:

1. Die Stadtverwaltung prüft zusammen mit der KVÜ und der Polizei, wie die Polizei durch Mitarbeitende der KVÜ und auch des ADN bei Abschleppungen im Stadtgebiet unterstützt werden kann.

2. Stadtverwaltung, KVÜ und Polizei stellen konzeptionell dar,
   a. wie ein entsprechendes Verfahren aussehen könnte,
   b. welche rechtlichen Handlungsoptionen für die Mitwirkung von Beschäftigten der KVÜ bei Abschleppungen bestehen,

c. welche (kosten-)rechtlichen und logistischen Rahmenbedingungen für eine derartige Kooperation zwischen KVÜ und der Polizei schon bestehen bzw. künftig zu schaffen wären.

3. Stadtverwaltung, KVÜ und Polizei pilotieren und evaluieren ggf. ein entsprechendes Kooperationsverfahren bei Abschleppungen im Stadtgebiet Nürnberg.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Krieglstein
Fraktionsvorsitzender